Erster Beigeordneter Sterzenbach führt aus, dass die Verwaltung enttäuscht darüber sei, dass im Planwerk trotz ausführlicher Begründung kein Aufnahmeantrag der Gemeinde berücksichtigt worden sei. Die Verwaltung habe die eigenen Anträge zur Aufstellung des Regionalplanes im informellen Verfahren in zahlreichen Besprechungen mit der Bezirksregierung sehr sorgfältig und eingehend gestellt sowie begründet und könne die Entwicklung daher nicht nachvollziehen. Er betont daraufhin nochmals die Bedeutung des Verfahrens: Flächennutzungspläne und Bebauungspläne würden aus dem Regionalplan entwickelt. Aus Erfahrungswerten abgeleitet, werde man sich darauf einstellen können, dass der jetzige Regionalplan auch wieder ein viertel Jahrhundert für jedwede städtebauliche Entwicklung verbindlich sein werde. Aus diesem Grund appelliert er an den Ausschuss, die von der Verwaltung im informellen Verfahren vorgebrachten Anregungen auf jeden Fall weiterhin zu verfolgen.

Bürgermeister Viehof informiert darüber, dass alle 19 Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises - in dem Wissen, dass dies im Raumordnungsverfahren eigentlich nicht vorgesehen sei - einen Antrag auf Fristverlängerung gestellt haben. Man sei sich einig, dass die Frist zum 31.08.2022 zu kurz sei und weil 19 Kommunen eine deutliche Gewichtung haben, habe aber auch der RSK die Antragsstellung bekräftigt.

Frau Zorlu fragt, ob man den Hochwasserschutz auch in den Regionalplan miteinbringen müsse, wenn man diesbezüglich Anforderungen oder Wünsche habe. Erster Beigeordneter Sterzenbach erläutert daraufhin, dass größere flächenrelevante Projekte im Bereich mehrerer Hektar schon dort hineingehören würden. Die Überschwemmungsgebiete würden sich allerdings nach anderen Gesetzen regeln. Insofern gebe es für Eitorf im Regionalplan keinen Bedarf für eine Anmeldung von Hochwasserschutzvorhaben. Frau Straßek-Knipp ergänzt, dass es nur kritisch wäre, wenn man einen Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) in einem hochwassergefährdeten Bereich festsetzen möchte. Das habe man jedoch nicht vorgeschlagen, weswegen dort auch kein Bedarf bestehe.

Herr Scholz meint mit Blick auf das, was im Regionalplan jetzt beschlossen werden soll, an, dass die Verwaltung danebengegriffen habe und mit ihren Gedankengängen nicht vorgedrungen sei. Es sei die Realität, dass viele der Flächen nicht zugelassen worden seien und für ihn daher interessant, dass die Verwaltung trotz alledem mit aller Gewalt an den in Rede stehenden Anregungen festhalten wolle.

Erster Beigeordneter Sterzenbach macht daraufhin deutlich, dass für eine zukünftige Gewerbegebietsentwicklung keine nennenswerten Flächen mehr vorhanden seien. Für ihn persönlich sei das auf die Sichtweise des nächsten Vierteljahrhunderts so nicht zu akzeptieren. Die Abwägung liege nichtsdestotrotz bei dem Ausschuss.

Herr Liene fragt vor dem Hintergrund, dass die Bezirksregierung das Thema ohne große Begründung ignoriere und das ganze Verfahren für ihn ein sehr abstraktes sei, ob es nicht die Möglichkeit gebe mit den zuständigen Personen bei der Bezirksregierung besser in Dialog zu treten. Sprich, dass also nicht nur die Verwaltung mündlich und schriftlich mit den Entscheidungsträgern in Kontakt trete, sondern dass man sich beispielsweise in einer Arbeitsgruppe nochmal mit diesen zusammensetze, um die eigenen Argumente von Mensch zu Mensch nahe zu bringen.

Erster Beigeordneter Sterzenbach hält fest, dass er auf der Verwaltungsebene absolut gegenzeichnen könne, dass die Verwaltung mit der Bezirksregierung immer in einem konstruktiven und offenen Dialog gestanden habe. Er geht davon aus, dass dies auch im formellen verfahren so bleiben werde. Im Ergebnis habe jedoch der Regionalrat über den Planentwurf aus der Bezirksregierung Köln aus dem informellen Verfahren entschieden. Für ihn bedeute das, dass man den Dialog vielleicht tatsächlich auf der politischen Ebene führen müsse.

Herr Liene führt aus, dass er den Eindruck habe, dass die Vorlage der Bezirksregierung für den Regionalrat schon nicht im Sinne der Gemeinde war. Die Frage wäre letztlich also, ob der Ausschuss noch auf diese Entscheidungsvorlage Einfluss nehmen könne.

Erster Beigeordneter Sterzenbach merkt daraufhin an, dass man die Vorlage zum Regionalrat nicht mehr ändern könne; sie sei im Dezember beschlossen worden. Nichtsdestotrotz könne man es im zweiten Verfahrensschritt wiederholen. Man müsse es also vielleicht auf der politischen Ebene flankieren. Er führt ferner aus, dass er immer wieder erstaunt darüber sei, wie zügig weitflächige „Rübenacker“ im Linksrheinischen deswegen zum Gewerbegebiet werden, weil ein Autobahnkreuz in der Nähe liege. Er könne nicht nachvollziehen, dass man auf der Ebene des anders strukturierten rechtsrheinischen Rhein-Sieg-Kreises offenkundig nicht strukturell Ähnliches sehe. Beispielhaft nennt er hier die gutausgebaute Achse B 8 mit dem Verknüpfungspunkt „Vierwinden“ Bundesstraße.

Bürgermeister Viehof hält fest, dass man zwar auf der einen Seite verwaltungstechnisch alles aufbereiten und bearbeiten müsse, er sei aber auch der Meinung, dass ein ganz großer Teil nun auf der politischen Ebene zu geschehen habe. Er lädt dazu ein, diesbezüglich zeitnah noch einmal zusammen zu kommen.

Frau Straßek-Knipp erläutert, dass der Regionalplan den Zielen des Landesentwicklungsplanes entsprechen müsse. Demnach sollen die GIB-Flächen beispielsweise direkt an einen ASB andocken, was man in diesem Falle nicht leisten könne. Nichtsdestotrotz stehe aber in einem anderen Ziel des Landesentwicklungsplanes, dass man sich auch an größeren Verkehrsachsen orientieren könne. Diesen Spagat hinzubekommen und die Begründung dafür zu schaffen, habe man versucht. Abschließend spricht sie sich ebenfalls dafür aus, es noch einmal auf politischer Ebene fortzuführen.

Erster Beigeordneter Sterzenbach ergänzt mit Bezug auf den zuvor erwähnten Spagat, dass der Grundsatz das Andocken an einen ASB sei. Es gebe sachliche Gründe warum man von so etwas abweichen könne. Wie von seiner Vorrednerin bereits erwähnt beispielsweise die Orientierung an bedeutsamen Verkehrsachsen. Wenn diese vorhanden seien, könne man auch diese als Ankerpunkt nehmen. Der andere sachliche Grund sei die Fragestellung, ob es denn immer sinnvoll sei eine Fläche für GIB wirklich an einem ASB anzudocken oder ob es nicht auch besser sein könne diese an eine regionale Verkehrsachse anzuschließen. Zur Orientierung führt er weiter aus, dass es einen beschlossenen Bundesverkehrswegeplan gebe, in welchem neben der Ortsumgehung „Uckerath“ auch mehrere weitere Ortsumgehungen an der bestehenden Achse verbindlich festgeschrieben seien. In der Fortsetzung dessen bleibe ein kleines Stück Hessen übrig, welches dann der Anschluss an die A45 sei. Man rede demnach über eine überregionale Verbindung, welche die tragende Bedeutung als Ersatz der ehemaligen Westerwaldautobahn habe. Dies könne folglich für die Verwaltung und den Ausschuss eine Orientierung sein.

Herr Scholz kritisiert in diesem Zusammenhang die doch sehr weite Entfernung zwischen der durch Lindscheid laufenden K27 und der B8. Erster Beigeordneter Sterzenbach stellt daraufhin klar, dass das als Variante 1 geplante Gebiet - wenn man die Erschließung geschickt lege - mit der östlichen Grenze ziemlich genau 1.400 m von einem Autobahnkreuz ähnlich ausgebauten Knotenpunkt liege. Verkehrstechnisch sei man also nahezu unmittelbar an einer Verkehrsachse gelegen.

Frau Zorlu ist der Meinung, dass der Regionalrat so entschieden habe, weil er einfach die Vorlage der Bezirksregierung abgenickt habe. Das man sich im Regionalrat mit der Achse so im Detail beschäftigt habe, bezweifelt sie. Das gehe auch aus keinem Protokoll hervor.